

Ratsfraktion

F.U.W.

Freie Unabhängige Wähler

**Rede des Fraktionsvorsitzenden der FUW-
Ratsfraktion, Reinhard Steinhoff,
zur Einbringung des Haushaltes 2010**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Ratssitzung am 10.03.2010

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren !

Meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen: Der Fehlbetrag im Haushalt 2010 ist mit mehr als 65 Millionen Euro gigantisch. 180.000 Euro werden jeden Tag mehr ausgegeben als eingenommen!

Was ist der Grund dafür?

Haben wir ständig über unsere Verhältnisse gelebt? Ist das Haushaltsdefizit also hausgemacht?

Bei einem genauen Blick auf den Haushalt 2010 darf man diese Frage durchaus mit einem Nein beantworten. Nur, wo liegen die Ursachen?

Überwiegend außerhalb unserer Entscheidungskompetenz und sie sind durch uns nicht beeinflussbar. Zu nennen sind:

- Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise
- Steuerentlastungsprogramme
- Ausweitung sozialer Leistungen
- Nichtbeachtung des Konnexitätsprinzips

Die Finanz- und Wirtschaftskrise lässt die Nettosteureinnahmen von 49 % auf 38 % sinken, wobei der Einbruch des Gewerbesteueraufkommens um 2/3 dramatisch ist.

Das übrige Steueraufkommen bleibt konstant. Jedoch dürfen wir nicht unbeachtet lassen, dass wir nach wie vor jedes Jahr ca. 1000 Einwohner verlieren. Das bedeutet weniger Einnahmen aus dem Einkommensteueranteil. Diese Entwicklung müssen wir stoppen.

Die Steuerentlastungsprogramme der Bundesregierung mögen für den einzelnen, insbesondere einzelne Gruppen wie z.B. Hoteliers, segensreich sein. Die Kommunen werden dadurch jedoch zusätzlich belastet werden.

Die Entwicklung der sozialen Leistungen gibt Grund zur Besorgnis. Nahezu 40 % der gesamten Ausgaben des Haushaltes werden transferiert, d.h. sie werden zur Unterstützung Dritter eingesetzt. Der Eigenanteil an den sozialen Transfers beträgt über 60 Millionen Euro, ca. 27 Millionen entfallen auf den Bereich der Kinder und Jugendhilfe und ca. 34 Millionen auf den der Sozialhilfe. Die Transferleistungen auf der Grundlage des SGB 2 sind damit ABER nur hinsichtlich der Unterkunftskosten erfasst. Die ARGE ihrerseits leistet weitere Millionenbeträge zur Finanzierung des Lebensunterhaltes der betroffenen Familien.

Und wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Bundesregierung 4 Mrd. Euro zusätzlich an die Krankenversicherungsträger und 13 Mrd. Euro an die Bundesagentur für Arbeit gewährt, ist dies der falsche Weg. Ebenso verfehlt ist es, den Vermögensschutz im Bereich des SGB 2 von 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr zu erhöhen. Man muss sich ernsthaft fragen, weshalb ein 60-Jähriger über ein Vermögen in Höhe von 45.000 Euro verfügen darf und gleichwohl Leistungen nach dem SGB 2 erhält. Hier führt sich der Sozialstaat ad absurdum.

Der Satz: „Wer bestellt, der muss bezahlen!“ gilt nicht ausnahmslos in Verhältnis zwischen Kommunen, Land und Bund. Bestes Beispiel sind die Entscheidungen im Bereich des Kinderförderungsgesetzes.

Schon heute wenden wir ca. 16 Millionen Euro für die Kinderbetreuung auf. Damit finanzieren wir 20% der anspruchsberechtigten Plätze. Dieser Betrag wird sich verfünffachen, wollen wir den Anspruch jeden Kindes auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr bis zum Jahr 2013 umsetzen. Dies ist einseitige Lastenverschiebung, die zum Nulltarif nicht zu realisieren sein wird.

Hinsichtlich der Personalkosten ist festzustellen: Diese betragen über 55 Millionen Euro. Sie liegen mit einem Anteil von ca. 20 % an den Aufwendungen noch in einem tolerablen Bereich, auch wenn bei sinkenden Einwohnerzahlen eine Anpassung um 2 – 3 % durchaus möglich und wünschenswert wäre.

Unter Berücksichtigung des Haushaltsdefizites sowie der bestehenden und anwachsenden Verschuldung haben wir für diesen Haushalt überwiegend Anträge eingebracht, die nicht mit Ausgaben verbunden sind. Sie zielen darauf ab, im laufenden Jahr einzelne Ausgaben überprüfen zu können, um daraus Entscheidungen für die Zukunft treffen zu können. Dies gilt für

- die Überprüfung der Linienverkehre bei der KVG
- die Überprüfung der Sport- und Freizeit GmbH
- die Kosten der IT-Einrichtung
- die Senkung der Kosten beim GVZ
- die Überprüfung der Sanierung des Kanalnetzes durch die ASG
- die Überprüfung der Kosten bei Straßenausbaumaßnahmen.

Ferner verlangen wir von der WEVG Auskunft über die Kalkulation der Strompreise. Als Miteigentümer der WEVG sind wir nicht bereit, das Gebaren der Geschäftsführer ohne Wenn und Aber hinzunehmen. Mit Entscheidungen, den Strompreis um 19 % anzuheben gefährdet die Gesellschaft sich selbst. Kunden können heute mit einem Mausklick im Internet einen preiswerten Anbieter finden und zu diesem problemlos wechseln, wozu Ratsherr Peter Kozlik von der MBS ausdrücklich per Anzeige aufgerufen hat. Wir halten dies für falsch. Vielmehr müssen wir bei der WEVG ansetzen. Diese muss bei derartigen Entscheidungen die Folgen bedenken, auch wenn dann kein Maximum an Profit erzielbar sein mag. Wir wollen dies kontrollieren und versuchen Fehlentwicklungen entgegen zu arbeiten. Kundenzufriedenheit muss neben der Wirtschaftlichkeit mit im Vordergrund stehen. Niemand wird uns von der FUW den Vorwurf machen können, wir seien selbst schuld an der Entwicklung bei der WEVG. Wir, Wolf Dieter Jäschke und ich, waren wohl die einzigen, die seinerzeit gegen den Verkauf der Mehrheitsanteile gestimmt haben. Leider gibt uns die Entwicklung recht.

Im Übrigen wollen wir den Rad- und Fußweg an der Th.-Heuss-Str./Leibnizstrasse endlich fertig stellen lassen, um die Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, ein Novum dieses Haushaltes: Fast alle Anträge der FUW finden eine Mehrheit. Dies ist das Ergebnis guter Verhandlungen mit der CDU/FDP und – es geschehen noch Zeichen und Wunder – der SPD. Wir waren uns schnell einig.

Damit haben wir ein weiteres unserer Ziele erreicht: Weg von der Beliebigkeit der Mehrheitsbildung mit Ratsherrn Kozlik und den Mitgliedern des Aufbruch 21. Wir benötigen stabile und sichere Mehrheiten. Diese entstehen mit den vorgenannten nicht. Aber auch nicht mit LAS/Grünen, die den

Haushalt um mehr als 1 Million Euro aufblähen wollten. Deren Anträgen stimmen wir deshalb nicht zu.

Meine Damen und Herren, der vom Oberbürgermeister und der gesamten Verwaltung vorgelegte Haushalt wird der finanziellen Situation gerecht. Die ihn tragende Mehrheit hat den Haushalt verändernde Anträge mit Augenmaß gestellt. Wir, die Mitglieder der FUW Ratsfraktion, stimmen diesem Haushalt zu.